

## **Antrag**

**der Abgeordneten Uwe Schummer, Dr. Thomas Feist, Albert Rupprecht (Weiden), Michael Kretschmer, Eberhard Gienger, Michael Grosse-Brömer, Monika Grütters, Florian Hahn, Anette Hübing, Dr. Stefan Kaufmann, Ewa Klant, Axel Knoerig, Stefan Müller (Erlangen), Dr. Philipp Murmann, Tankred Schipanski, Marcus Weinberg (Hamburg), Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU**

**sowie der Abgeordneten Heiner Kamp, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Sylvia Canel, Patrick Meinhardt, Dr. Peter Röhlinger, Florian Bernschneider, Jörg von Polheim, Manfred Todtenhausen, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP**

### **Duale Ausbildung exportieren – Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union bekämpfen, kooperative Berufsbildung weltweit steigern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach Angaben von Eurostat waren im vierten Quartal 2012 8 Prozent der Jugendlichen in Deutschland arbeitslos. Das ist die niedrigste Quote innerhalb der Europäischen Union. Unter den zehn Regionen mit der niedrigsten Jugendarbeitslosenquote in der Europäischen Union waren 2011 sieben Regionen aus Deutschland vertreten, unter anderem belegten Tübingen, Oberbayern und Freiburg die Plätze eins bis drei. In einer Zeit, in der europaweit im Durchschnitt jeder Vierte unter 25 Jahren ohne Arbeit ist und in Ländern wie Griechenland und Spanien die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 Prozent liegt, erweist sich das deutsche duale Ausbildungssystem als internationales Erfolgsmodell. Es ist ein Garant für die geringe Jugendarbeitslosigkeit und für gut ausgebildete Fachkräfte, weil es zu einem qualitativ hochwertigen Berufsabschluss führt. Die Verzahnung von beruflicher Praxis im Betrieb und theoretischer Fundierung in der Berufsschule erleichtert den Jugendlichen den Einstieg in das Arbeitsleben. Gleichzeitig stellt es den Unternehmen die notwendigen Fachkräfte zur Verfügung und ist somit auch eine tragende Säule für die Wirtschaftskraft und Exportnation Deutschland.

Ob in Europa, den USA, Russland, China oder Indien: weltweit genießt das deutsche Berufsbildungssystem einen hervorragenden Ruf. Die Europäische Kommission hat in ihrem Bericht vom 30. Mai 2012 zur Situation in Deutschland formuliert: „Garant für die Heranziehung qualifizierter Arbeitskräfte und eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit ist das duale Ausbildungssystem.“ In ihrem Strategiepapier „Neue Denkansätze für die Bildung: Bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen“ von November 2012 hat die Europäische Kommission für Deutschland hervorgehoben, dass es über ein „Ausbildungssystem von Weltrang“ verfügt. Sie empfiehlt deshalb

unter anderem die „Entwicklung hochwertiger dualer Berufsbildungssysteme entsprechend den länderspezifischen Gegebenheiten.“

Nach einer erfolgreichen deutsch-spanischen Ministerkonferenz zur beruflichen Bildung auf Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Juli 2012 in Stuttgart wuchs das Interesse weiterer europäischer Staaten an entsprechenden Kooperationen mit der Bundesrepublik Deutschland. Neben einer Vielzahl bilateraler Kooperationsvereinbarungen in der beruflichen Bildung, u. a. mit Portugal, Spanien, Italien und Griechenland, vereinbarten Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die Slowakei und Lettland auf einer Ministerkonferenz auf Einladung des BMBF im Dezember 2012 in Berlin mit Deutschland, dass sie unter Beteiligung der Europäischen Kommission künftig bei der Reform ihrer Ausbildungssysteme eng mit Deutschland zusammenarbeiten werden. Ziel ist, die effektive Senkung der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit beispielsweise in den Ländern Südeuropas bei zeitgleicher Bekämpfung des Fachkräftemangels in Mittel- und Nordeuropa. In den Partnerländern werden 30 regionale Ausbildungnetzwerke geschaffen und beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) wird auf Initiative des BMBF eine Zentralstelle für internationale Berufsbildungskooperation eingerichtet, um der steigenden internationalen Nachfrage zum deutschen Berufsbildungssystem gerecht zu werden. Über ein europäisches Peer Learning Forum soll ein kontinuierlicher Lern- und Erfahrungsaustausch zwischen allen interessierten Staaten der Europäischen Union initiiert werden.

Die praxisnahe Ausbildung ist die Versicherung Deutschlands gegen Jugendarbeitslosigkeit und den Fachkräftemangel. Diese speziellen Erfahrungen sollten interessierten Staaten beim Aufbau ihrer eigenen länderspezifischen Berufsbildungssysteme zur Verfügung gestellt werden. Aber nicht nur Europa, sondern in der ganzen Welt versuchen Staaten das deutsche Modell in der Berufsausbildung zu übernehmen. In den USA lobte beispielsweise Präsident Barack Obama in seiner Rede zur Lage der Nation im Februar dieses Jahres das deutsche System, weil es die Jugendlichen gut auf einen Arbeitsplatz vorbereitet. Die duale Ausbildung aus Deutschland entwickelt sich zu einem international stark nachgefragten Produkt – zu einem weiteren Exportschlager „Made in Germany“.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat zur Verwirklichung des Ziels im Koalitionsvertrag, Exportweltmeister in der beruflichen Bildung zu werden, konsequent Maßnahmen zum Marketing des deutschen dualen Systems ergriffen. Mit der BMBF-Initiative iMOVE werden deutsche Bildungsanbieter vorbereitet und unterstützt, internationale Bildungsmärkte zu erschließen. Zur Systematisierung und Professionalisierung des Berufsbildungsexports fördert das BMBF zudem FuE-Projekte (FuE = Forschung und Entwicklung), zur Entwicklung eines Instrumentenkastens auf der Basis innovativer Vorgehensweisen.

Mit zahlreichen Staaten, wie Brasilien, Russland, Indien, China, Türkei u. a. unterhält das BMBF bilaterale Kooperationsabkommen in der beruflichen Bildung, die über regelmäßig tagende Arbeitsgruppen institutionalisiert und mit strategischen Zielsetzungen und konkreten Maßnahmen unterlegt sind. Mit Süd-Afrika und vielen Ländern Lateinamerikas bestehen enge Kooperationsbeziehungen, die teilweise an die langjährige erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und diesen Staaten in der beruflichen Bildung anknüpfen. Allein das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) unterhält rund 30 Kooperationsbeziehungen mit Partnereinrichtungen weltweit.

Auch die Instrumentenvielfalt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an den erfolgreichen Schlüsselmerkmalen der dualen Berufsausbildung in Deutschland.

– Enge Kooperation von Staat und Wirtschaft

- Lernen im Arbeitsprozess
- Gesellschaftliche Akzeptanz allgemeinverbindlicher Standards
- Qualifizierung von Berufsbildungspersonal
- Institutionalisierte Berufsbildungsforschung.

In diesem Sinne werden die bewährten Instrumente der beruflichen Bildung eingesetzt und ausgebaut. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) unterstützt u. a. den Dialog zwischen Staat und Wirtschaft, die Erarbeitung von überbetrieblichen Berufs-, Ausbildungs- sowie Prüfungsstandards oder die Entwicklung von Qualifizierungsprogrammen für diejenigen, die als Lehrer, Ausbilder, Schulleiter oder Bildungsplaner im Bereich der Aus- und Weiterbildung tätig sind. Flankiert werden diese Maßnahmen durch den Aufbau und die Ausstattung von Berufsschulen und Technologiekompetenzzentren, die Entwicklung von nachhaltig wirksamen Finanzierungsmodellen, die institutionelle Vernetzung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage sowie die begleitenden Organisationsentwicklung.

Schwerpunkte des Engagements des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in der beruflichen Bildung werden die Qualifizierung im informellen Sektor, Bildungsfinanzierung, berufliche Bildung im Kontext von Fragilität sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter sein. Entsprechend seiner neuen entwicklungspolitischen Konzeption verstärkt das BMZ die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der beruflichen Bildung.

Seit 2009 hat die berufliche Bildung in der deutschen Entwicklungspolitik stetig an Bedeutung gewonnen, was sich in den Zusagen deutlich widerspiegelt. Für 2012 wurden die Mittel erheblich gesteigert und Zusagen in Höhe rund 90 Mio. Euro gemacht. Bilaterale Programme der beruflichen Bildung werden aktuell in den folgenden Partnerländern realisiert: Afghanistan, Äthiopien, Honduras, Jemen, Mozambik, Pakistan, Togo, Namibia, Ghana, Ruanda, Südafrika, Indonesien, Laos, Vietnam, Myanmar, Albanien, Armenien, Georgien, Kosovo, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kirgistan, Moldau, Montenegro, Tadschikistan, Usbekistan, El Salvador, Palästinensische Gebiete, Angola, Kongo, Sierra Leone, Ost-Timor, Ägypten, Libanon, China, Philippinen.

Die deutsche EZ versteht die Privatwirtschaft als bedeutenden Partner. Ein Großteil der Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft im Schwerpunkt nachhaltige Wirtschaftsentwicklung hat einen direkten Bezug zur beruflichen Bildung. Das BMZ fördert seit 2011 zudem die sogenannten Berufsbildungspartnerschaften mit der deutschen Wirtschaft. In den Berufsbildungspartnerschaften bringt die verfasste deutsche Wirtschaft – also die Kammern, Verbände und ihre Einrichtungen – ihre Kompetenzen gezielt in die berufliche Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit ein.

Zusätzlich lobte das BMZ 2012 den „Innovationswettbewerb für Vorhaben der beruflichen Bildung in Entwicklungsländern“ aus. Insgesamt bewarben sich 42 innovative Projekte, die vielversprechende Vorhaben in der beruflichen Bildung in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa umsetzen. Die Gewinnerprojekte u. a. aus Indien, Äthiopien und Malawi zeigen wie Staat, Zivilgesellschaft und Unternehmen innovativ zusammenarbeiten und maximale Wirkung entfalten können.

Das Auswärtige Amt (AA) hat als Beitrag zur besseren Koordinierung der internationalen Bemühungen um Berufsbildung im Juli 2012 einen Arbeitsstab Berufliche Bildung (AS-BB) eingerichtet. Weiterhin hat das Auswärtige Amt in einem mit dem DIHK abgestimmten Erlass im Februar 2013 seine Auslandsvertretungen angewiesen, sich mit der jeweiligen AHK vor Ort zum Thema „berufliche Bildung“ zu besprechen und ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

men. Im In- und Ausland unterstützt das AA zahlreiche Pilotprojekte mit deutschen Unternehmen. So wollen Bundesminister Dr. Guido Westerwelle und Bundesministerin Dr. Johanna Wanka am 24. April 2013 eine Konferenz mit dem Titel „Deutsche Unternehmen – Pioniere bei der beruflichen Bildung im Ausland“ durchführen.

Ausgehend von verschiedenen Initiativen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Auswärtigen Amt sollen internationale Berufsbildungsk Kooperationen auf deutscher Seite zukünftig in einem Runden Tisch mit den wesentlichen Akteuren unter Einschluss der Kammern und der Sozialpartner besprochen werden.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Dachorganisation der deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs) und Koordinator der Auslandshandelskammern (AHKs), hat ebenfalls auf die steigende Nachfrage reagiert, die an die Organisation vor allem von der deutschen Wirtschaft hergetragen wird: Die DIHK-Vollversammlung hat am 15. November 2012 in Dresden ein Konzept mit Aktionsplan 2013–2016 zum Export von Berufsbildung beschlossen. Rund 40 AHKs sind im Ausland bereits aktiv – mit stark steigender Tendenz. Auf Grundlage des DIHK-Konzepts sollen die Aktivitäten im Ausland weiter ausgebaut werden bei gleichzeitiger Sicherung der Qualität der Berufsbildung auf Grundlage der deutschen Standards.

In einigen Ländern gibt es bereits hervorragende und beispielhafte Initiativen von Auslandsvertretungen und AHKs sowie erfolgreiche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. In anderen Ländern ist das Interesse am deutschen dualen System noch relativ neu, weil sich dort erst allmählich moderne wirtschaftliche Strukturen herausbilden. Oder aber weil die jüngste Wirtschaftskrise gezeigt hat, dass bisher praktizierte Formen der Ausbildung dem tatsächlichen Bedarf der Unternehmen und des lokalen Arbeitsmarkts nicht entsprechen.

Der Erfolg des deutschen dualen Ausbildungssystems ist auch auf eine starke und institutionalisierte Rolle der Unternehmen, Kammern und Sozialpartner zurückzuführen. Um den Aufbau dualer Ausbildungsstrukturen zu unterstützen und auch neue Mitwirkungsformen für die Wirtschafts- und Sozialpartner inklusive Kammern zu entwickeln, hat die deutsche IHK-Organisation im September bzw. November 2012 eine Kooperationsvereinbarung mit dem spanischen Kammerdachverband Consejo und dem italienischen Kammerdachverband Unioncamere geschlossen.

Das große Netzwerk deutscher Auslandsschulen in aller Welt bietet weitere Möglichkeiten neue internationale Kooperationen anzustoßen und bestehende Partnerschaften noch wirkungsvoller zu gestalten. Insbesondere können an Standorten, wo langfristig die Rahmenbedingungen hierzu bestehen, an deutschen Auslandsschulen neben der allgemeinen Hochschulreife auch duale Ausbildungen angeboten werden. Das deutsche Auslandsschulwesen als Eckpfeiler der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik umfasst 140 deutsche Auslandsschulen in 71 Ländern mit rund 78 000 Schülern, 20 000 deutschen und 58 000 nichtdeutschen Schülern. Dazu kommen 870 Schulen, an denen der Abschluss des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) möglich ist und 520 Schulen, an denen Deutschunterricht auf- oder ausgebaut wird. Traditionell und historisch gewachsen liegt der Fokus auf allgemeinbildenden Abschlüssen. An ausgewählten Schulstandorten könnten sich Möglichkeiten für berufliche Bildung ergeben. Auch in Kooperation mit den heimischen Universitäten kann das duale Studium mit einer engen Verzahnung zwischen der Wirtschaft und der Hochschulausbildung entwickelt werden, da in vielen Staaten auch die Berufsausbildung an der Hochschule stattfindet. Das duale Studium kann durch eine praxisorientierte Ausbildung neben einem Hochschulstudium eine Chance sein.

Vorbildliche Beispiele gibt es bereits. Aktuelle Zahlen der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) zeigen, dass im Jahr 2012 bereits an 14 Deutschen Auslandsschulen der berufsschulisch-theoretische Teil der dualen Berufsausbildung neben der allgemeinen Hochschulreife angeboten und durch die Bundesrepublik Deutschland gefördert wurde. Dabei durchliefen 507 Schüler entweder eine klassische kaufmännische duale Ausbildung an einer Berufsschule oder besuchten eine Fachoberschule. Zu diesem Zweck wurden aktuell 19 Berufsschullehrer ins Ausland vermittelt.

An den deutschen Schulen in Buenos Aires, Guatemala, La Paz, Lima, Santiago, Quito, São Paulo, der Deutsch-Schweizerischen Internationalen Schule Hongkong, der ASET Madrid und der ASET Barcelona wird neben dem deutschen Spracherwerb die kaufmännische duale Ausbildung nach deutschen Vorbild durchgeführt. Die praktische Ausbildung erfolgt in einem Betrieb, die theoretischen Grundlagen werden in der Schule gelegt. Die Prüfungen werden vor den Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) abgelegt, während der Deutsche Industrie- und Handelskammertag über die Gleichwertigkeit mit deutschen Abschlüssen entscheidet. Die Unterrichtsinhalte orientieren sich an den deutschen Lehrplänen sowie den deutschen Ausbildungsstandards. Da der größere Teil der dualen Ausbildung in den Betrieben stattfindet, sind gefestigte unternehmerische Strukturen und verlässliches Engagement der Ausbildungsbetriebe als Grundvoraussetzung unerlässlich. Ein weiteres Beispiel für duale Ausbildungen im Ausland gibt es beispielsweise von action medeor in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Tansania.

An den deutschen Schulen in Brüssel, Tokio und der deutschen Schule der Borromäerinnen in Alexandria wird jeweils in einem Fachoberschulzweig die Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung angeboten. 800 Stunden Praktikum in einem Unternehmen sind ebenso Bestandteil dieser Ausbildung wie der Unterricht in der Schule. Die an diesen Schulen zu erwerbende Fachhochschulreife bedeutet die Zugangsberechtigung zu einer deutschen Fachhochschule. Aufgrund ihrer Exzellenz und ihrer innovativen didaktischen und methodischen Ansätze haben die beruflichen Bezüge der Deutschen Schule Quito und der Deutschen Schule der Borromäerinnen in Alexandria 2010 und 2012 jeweils den 1. Preis beim IHK-Wettbewerb für die deutschen Auslandsschulen „Schüler bauen weltweit Brücken“ gewonnen.

Dabei haben die Beispiele z. T. auch Vorbildcharakter für den Partnerstaat. Vor mehr als 20 Jahren ist auf Initiative deutscher Unternehmen und als Gemeinschaftsprojekt mit der AHK Ecuador ein Berufsbildungszentrum der deutschen Schule im ecuadorianischen Quito gegründet worden, das in Kooperation mit der AHK, Unternehmen vor Ort sowie deutschen und ecuadorianischen Universitäten eine hochwertige duale Berufsausbildung anbietet. Sie ist in besonderer Weise zum Prototyp für eine auf Ecuador zugeschnittene Variante eines landesweiten Berufsschulsystems geworden. Auch die deutsche Auslandsschule „Asociación Hispano-Alemana de Enseñanzas Técnicas“ (ASET) Barcelona, die von deutschen Unternehmen als ein zweisprachiges und bikulturelles Berufsbildungszentrum gegründet worden ist, belegt eindrucksvoll, dass deutsche Auslandsschulen immer auch Botschafter für die deutsche Sprache, für deutsche Abschlüsse und Ausbildungswege sind. In Kooperation mit der Schule, der AHK Spanien, der Bertelsmann Stiftung und deutschen Unternehmen absolvieren seit Sommer 2012 rund 50 junge Spanier in einem Pilotprojekt eine duale Ausbildung im Bereich Einzelhandel. Angestellt sind die Auszubildenden bei deutschen Firmen vor Ort. Die auf Grund dieses Modells angestoßenen spanischen Reformen ermöglichen es, nun Ausbildungen anzubieten, die dem deutschen System ähnlich sind. So hat Ende 2012 als erstes spanisches Unternehmen ein Autohersteller das deutsche duale Ausbildungssystem übernommen.

Diese Beispiele belegen, dass deutsche Auslandsschulen auch in den jeweiligen Gastländern gut geeignete schulische Partner für die Einrichtung oder den Ausbau dualer Berufsbildungsangebote an einigen Standorten sind. Der Deutsche Bundestag hat bereits im Jahr 2008 den Antrag „Deutsches Auslandsschulwesen stärken und weiterentwickeln“ (Bundestagsdrucksache 16/9303) beschlossen und darin festgestellt: „Deutsche Auslandsschulen vermitteln ein nachhaltiges und positives Bild von Deutschland. Sie verbinden Völker und Kulturen aller Welt mit Deutschland und schaffen Verständnis für Deutschland in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Die Schulen leisten als Zentren schulischer Zusammenarbeit einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung der schulischen Bildung und damit zur Entwicklung im Gastland insgesamt.“

Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung setzt in seinen Kooperationen an solchen Beispiele an und will sie in Abstimmung mit der Regierung des Partnerlandes zur Einbeziehung von lokalen Unternehmen oder zur Entwicklung von Ausbildungsstandards erweitern.

Allerdings hat die berufliche Ausbildung im Ausland nach wie vor noch zu wenig Renommee. In den meisten Ländern steht immer noch die akademische Ausbildung im Vordergrund. Eine duale Ausbildung wird von vielen Jugendlichen, Eltern und Unternehmen skeptisch gesehen. Zudem mangelt es häufig an den Rechtsgrundlagen für eine berufliche Ausbildung nach deutschem Vorbild, die von einer Ausbildungsordnung, Ausbildungsrahmenplänen sowie der staatlichen Anerkennung der Ausbildungsberufe ausgeht. Gute Beispiele einer dualen Ausbildung können hier neue Perspektiven eröffnen. Imagekampagnen für berufliche Bildung sind daher auch Bestandteil etlicher Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Das Willkommensportal für internationale Fachkräfte „Make it in Germany“, wirbt im Rahmen der gemeinsamen Fachkräfte-Offensive des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie der Bundesagentur für Arbeit um Fachkräfte aus dem Ausland. Es informiert über das duale Ausbildungssystem in Deutschland und darüber, welche Perspektiven beruflich qualifizierte Menschen in Deutschland haben.

In Richtlinien der Europäischen Kommission wird den Besonderheiten der Dualen Ausbildung zu selten Rechnung getragen. Duale Ausbildung muss, wenn sie europaweit Vorbild sein soll, auch im europäischen Rechtsrahmen adäquat berücksichtigt werden. Derzeitigen Bestrebungen der Vereinheitlichung, Vergleichbarkeit und gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen fehlte bisweilen die Sensibilität für die Besonderheiten und den hohen Standard der Dualen Ausbildung, vor allem in den Pflegeberufen und im Handwerk. Eine konsequente Berücksichtigung der dualen Ausbildung im europäischen Regelwerk kann jedoch gerade die Akzeptanz des dualen Ausbildungssystems befördern und sich positiv auf die Adaption in anderen Mitgliedsstaaten auswirken.

Deutsche Unternehmen im Ausland könnten auf mehrfache Weise von einer Zusammenarbeit mit deutschen Auslandsschulen profitieren. Deutsche Auslandsschulen sind für viele Schüler in den Gastländern erste Berührungspunkte mit Deutschland. Sie wecken das Interesse an deutscher Sprache und deutscher Kultur. Viele ehemalige Schüler besuchen deutsche Universitäten oder bleiben Deutschland anderweitig verbunden. Sie sind in Deutschland oft als qualifizierte Fachkräfte tätig und stärken somit den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Die Möglichkeit, Kinder der Mitarbeiter an deutschen Schulen in über 71 Staaten der Welt unterrichten zu lassen, erleichtert es den Unternehmen erheblich, Mitarbeiter mit Familien für einen Einsatz im Ausland zu gewinnen. Die berufliche Ausbildung einheimischer Jugendlicher nach deutschem Vorbild ermöglicht es deutschen Unternehmen auch auf ausgebildete Fachkräfte mit deutschen Sprachkenntnissen zurückgreifen zu können.

Besonderes Merkmal von Absolventen deutscher Auslandsschulen ist interkulturellere Kompetenz. Durch heterogene Schulklassen, mehrsprachigen Unterricht und Kontakt zu verschiedenen Kulturkreisen wird den Schülern neben den Sprachkenntnissen und Sozialkompetenzen eine interkulturelle Kompetenz vermittelt, die eine Ausbildung in Deutschland nicht bieten kann. Der angemessene Umgang mit Menschen verschiedener Herkunft wird in Zeiten der internationalisierten und globalisierten Arbeitswelt immer wichtiger. Derzeit absolvieren beispielsweise nur vier Prozent der deutschen Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt. Das ist viel zu wenig und muss gesteigert werden, wenn Auslandsaufenthalte keine Privilegien für Studierende sein sollen. Kooperationen mit Schulen im Ausland böten deutschen Unternehmen, die im In- und Ausland tätig sind, die Chance, ihren Auszubildenden einen Aufenthalt an einem ausländischen Unternehmensstandort zu ermöglichen, ohne dass die schulische Ausbildung ausgesetzt werden müsste.

Deutsche Auslandsschulen sind anerkannte Institutionen in den jeweiligen Sitzländern, die eine hochwertige schulische Ausbildung und in Deutschland anerkannte Schulabschlüsse anbieten. Mit dieser Positionierung innerhalb des Bildungs- und Ausbildungssystems der Sitzländer können sie an ausgewählten Standorten durch die Unterstützung dualer Ausbildungsangebote deutscher oder lokaler Unternehmen dazu beitragen, die vereinzelt Vorbehalte gegenüber der dualen Ausbildung zu überwinden. Darüber hinaus kennen die Schulträger der deutschen Auslandsschulen die Bedingungen vor Ort am besten. Sie sind hervorragend vernetzt mit der lokalen Wirtschaft, weil diese meist direkt über die Schulvorstände in den Schulen selbst aktiv ist. Deutsche Auslandsschulen können deshalb bezüglich des berufsschulisch-theoretischen Teils der dualen Ausbildung erste Ansprechpartner für die Spitzenorganisationen der Wirtschaft und der Kammern in den jeweiligen Ländern sein. An Standorten, an denen es bereits rechtlich möglich und von den Beteiligten gewünscht wird, können auf diesem Wege bestehende Strukturen genutzt werden, um einen Mehrwert in Form von Bildung und Zukunftschancen für Jugendliche zu generieren.

Der Aufbau von dualen Bildungsangeboten in Kooperation von deutschen Auslandsschulen und der deutschen Wirtschaft, vertreten und organisiert durch die Auslandshandelskammern, hat darüber hinaus eine Signalwirkung und könnte die Entwicklung in den jeweiligen Ländern beschleunigen, um der hohen Jugendarbeitslosigkeit zeitnah entgegenzutreten.

Für den Erfolg einer dualen beruflichen Bildung nach deutschem Vorbild sind die unternehmerischen Bedingungen vor Ort, der Fachkräftebedarf und eine nachhaltige Kooperation mit Ausbildungsbetrieben und die gegebenen Rechtsgrundlagen entscheidend. Die deutschen AHKs und die in den Partnerländern ansässigen deutschen oder mit Deutschlandbezug tätigen Unternehmen spielen deshalb beim Auf- und Ausbau dualer Bildungsangebote die zentrale Rolle. Sie definieren die Nachfrage vor Ort, müssen langfristig verlässlich als Partner zur Verfügung stehen und leisten darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag beim Transfer deutscher Ausbildungsprinzipien und beim Aufbau regionaler Berufsbildungsnetzwerke mit den Betrieben, Schulen und Kammern der Partnerländer. Sie übernehmen die Verantwortung für die Ausbildungsinhalte, schließen den Ausbildungsvertrag mit den Auszubildenden ab und finanzieren die Ausbildungsvergütung.

Ausgangspunkt jeder Initiative einer Kooperation mit deutschen Auslandsschulen ist damit der Bedarf der Unternehmen vor Ort und deren Bereitschaft, sich in diese Kooperation einzubringen. Zudem muss das jeweilige Partnerland eine Weiterentwicklung des eigenen Berufsbildungssystems in Richtung einer betriebsnahen und kooperativen Berufsausbildung nachhaltig unterstützen, wenn solche Ausbildungsnetzwerke auch eine systemische Wirkung erzielen sollen.

## II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass die Bundesregierung das deutsche Auslandsschulwesen konsequent unterstützt und verstärkt berufliche Bildungsgänge an deutschen schulischen Einrichtungen im Ausland fördert;
- die Vielzahl der internationalen Kooperationen der Bundesregierung sowie von Kammern und Sozialpartnern im Bereich der dualen Berufsausbildung;
- das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die Slowakei und Lettland unterzeichnete Memorandum, künftig bei der Reform der Ausbildungssysteme eng mit Deutschland zusammenzuarbeiten;
- die Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Etablierung eines europäischen Peer Learning Forums zum kontinuierlichen Lern- und Erfahrungsaustausch;
- die Einrichtung einer Zentralstelle für internationale Berufsbildungs-kooperation im Bundesinstitut für Berufsbildung;
- dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen seiner Aktivitäten im Bereich Bildung die Instrumente der beruflichen Bildung ausgebaut und das duale Ausbildungssystem als einen Schwerpunktbereich in der Zusammenarbeit mit den Kooperationsländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit etabliert hat;
- die bisherigen Initiativen der deutschen Unternehmen und der verfassten Wirtschaft, insbesondere Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland und der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) und Auslandsvertretungen vor Ort zur Stärkung der dualen Ausbildung im In- und Ausland.

## III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,

- ausgehend von der deutschen dualen Berufsausbildung im Rahmen von Kooperationen mit europäischen Nachbarländern und ausgewählten außereuropäischen Ländern, Initiativen für den Auf- und Ausbau dualer Bildungsgänge an weiteren deutschen Auslandsschulen bzw. dualer Studiengänge zu unterstützen;
- die Zentralstelle für internationale Berufsbildungs-kooperation am Bundesinstitut für Berufsbildung stufenweise als Zentralstelle der Bundesregierung auszubauen und aufzufordern, weiter eng mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und der verfassten deutschen Wirtschaft, vor allem den Auslandshandelskammern, zusammenzuarbeiten und auch als Ansprechpartner für interessierte Unternehmen und Schulen zur Verfügung zu stehen;
- deutsche Unternehmen zu ermuntern, verstärkt Kooperationen mit deutschen Auslandsschulen und ausländischen Hochschulen hinsichtlich eines dualen Studiums zu suchen;
- gemäß den Empfehlungen des Berichtes des Integrationsbeirates der Bundesregierung „Working and Living in Germany“ die Vernetzung der Akteure des Auslandsschulwesens mit der deutschen Wirtschaft zu intensivieren und insbesondere die Einrichtung eines ständigen Arbeitskreises Auslandsschulwesen/Wirtschaft zu unterstützen;
- arbeits- und aufenthaltsrechtliche Regelungen zu überprüfen mit dem Ziel, den Fachkräftezugang nach Deutschland auch unterhalb der Universitätsabsolventen (z. B. Auszubildende) zu erleichtern;



- im Ausland die enge Partnerschaft zwischen deutschen Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen (z. B. Goethe-Institute, Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V.) und der deutschen Wirtschaft mit dem Ziel der Förderung des dualen Studiums und der dualen Berufsausbildung zu vertiefen;
- die Bestrebungen der Europäischen Kommission zur Vereinheitlichung, Vergleichbarkeit und besseren Anerkennung von Ausbildungsgängen zu unterstützen und dabei den Besonderheiten und der Bedeutung des Dualen Systems Rechnung zu tragen.

Berlin, den 14. Mai 2013

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**  
**Rainer Brüderle und Fraktion**

elektronische Vorab-Fassung

elektronische Vorab-Fassung

elektronische Vorab-Fassung

elektronische Vorab-Fassung